

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich der Eröffnung der Fachtagung des Kölner Netzwerks Kommunale Daseinsvorsorge „CETA & TTIP – Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge“ am 18. März 2015, 9 Uhr, Historisches Rathaus, Piazzetta**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie zur diesjährigen Fachveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge begrüßen zu können.

Aus aktuellem Anlass stehen die möglichen Auswirkungen der Freihandelsabkommen CETA und TTIP auf die kommunale Daseinsvorsorge im Fokus – ein Thema, mit dem wir uns auf kommunaler Ebene aus ureigenem Interesse intensiv zu beschäftigen haben.

Es freut mich besonders, auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus der Region Köln / Bonn begrüßen zu können. Der für die kommunal getragene Daseinsvorsorge so wichtige Regionale Dialog hat mit unserem Treffen am 22. Januar einen guten Anfang genommen. Mit dem heutigen Fachaustausch soll er vertieft werden.

Wenn wir die kommunale Daseinsvorsorge unter den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung in ihrer Substanz bewahren wollen, benötigen wir nämlich angepasste strategische Ziele und Prioritäten – auch und gerade im regionalen Maßstab.

Unsere Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge geraten immer stärker unter Druck durch

- die Wettbewerbsorientierung der Europäischen Union,
- – ganz aktuell – das Freihandelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada sowie
- die laufenden Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über ein transatlantisches Freihandelsabkommen beziehungsweise der Europäischen Union und 22 weiteren World-Trade-Organisation-Mitgliedern über ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, kurz TTIP und TiSA.

In dieser Situation gilt umso mehr:

Nur gemeinsam können wir die Qualität unserer Dienstleistungen kontinuierlich verbessern.

Und nur gemeinsam können wir unsere politische Schlagkraft gegenüber dem Land, dem Bund und vor allem gegenüber der Europäischen Union wirkungsvoll stärken.

Deshalb haben sich vor drei Jahren unterschiedliche Akteure aus Verwaltung, kommunaler Wirtschaft und kommunalem Finanzwesen, Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Politik über institutionelle und kommunale Grenzen hinweg im Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen.

Mit dem Netzwerk mischen wir uns ein in den europäischen Gesetzgebungsprozess. Wir mischen uns auch ein in die öffentliche Debatte um das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Markt und Staat – und das parteilich für die kommunale Selbstverwaltung und unsere lokale Demokratie.

Angesichts drohender negativer Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge beschäftigt sich das Netzwerk seit dem letzten Jahr nicht mehr nur mit den einschlägigen europäischen Gesetzgebungsverfahren, sondern verstärkt auch mit den von der Europäischen Union mit Kanada beziehungsweise den Vereinigten Staaten verhandelten Freihandelsabkommen CETA und TTIP.

Aus kommunaler Sicht stellt sich das Bild dabei sehr widersprüchlich dar. Während wir mit dem Lissabon-Vertrag die kommunale Daseinsvorsorge in ihrer gemeinwohlorientierten und demokratisch legitimierten Substanz auf Europäischer Unions-Ebene stärken konnten, drohen genau diese verfassungsmäßigen Errungenschaften durch die besagten Freihandelsabkommen ausgehöhlt zu werden.

So sieht „Public Services International“, ein weltweiter Gewerkschaftszusammenschluss von Gewerkschaften des öffentlichen Sektors aus über 150 Ländern, ein grundsätzliches Konfliktpotenzial zwischen öffentlichen Diensten und zwischenstaatlichen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen.

Öffentliche Dienste gewährleisten eine grundlegende soziale und kulturelle Daseinsvorsorge mit Dienstleistungen, die bezahlbar, universell verfügbar und nicht gewinnorientiert sind. In ihrer Gemeinwohlorientierung folgen sie anderen Gesetzmäßigkeiten als denen der Kommerzialisierung und Ökonomisierung. In besonderer Weise gilt das für die kommunal getragene Daseinsvorsorge, die ein Wesensmerkmal der kommunalen Selbstverwaltung ist.

In einer vorzüglichen und vor allem auch gut lesbaren Übersicht hat die Stabsstelle Daseinsvorsorge der Stadtwerke Köln die möglichen Auswirkungen von CETA und TTIP auf die kommunale Daseinsvorsorge zusammengefasst. Das Dokument liegt den Tagungsunterlagen bei. Es unterstreicht, dass die wachsende öffentliche Kritik an diesen Handelsabkommen an vielen Stellen berechtigt und unsere Einmischung dringend notwendig ist.

Um nicht missverstanden zu werden: Als Oberbürgermeister der Stadt Köln bin ich durchaus für den Abbau von Handelshemmnissen und deshalb auch nicht per se gegen internationale Freihandelsabkommen.

Verhandelt werden bei diesen Abkommen aber auch und gerade öffentliche Güter, deren Treuhänder in erster Linie wir Kommunen sind.

Unser Ziel muss es deshalb sein, kommunale Dienstleistungen aus diesen Abkommen explizit und rechtssicher auszuklammern.

Erste Gespräche des Kölner Netzwerks haben diesbezüglich mit der Kommission der Europäischen Union bereits stattgefunden. Weitere sollen folgen. Die Kommission der Europäischen Union, so unsere Erfahrung, ist durchaus offen für fundiert vorgetragene Vorschläge und Kritik. Diese Chance wollen und werden wir nutzen.

Die heutige Fachveranstaltung ist ein wichtiger Meilenstein auf dem vor uns liegenden, steinigen Weg. Sie gibt uns Gelegenheit, die Auswirkungen von CETA, TTIP und auch TiSA auf die kommunale Daseinsvorsorge zu prüfen und daraus fundierte politische Forderungen gegenüber den Europäischen Unions-Institutionen abzuleiten.

Ich freue mich deshalb, jetzt das Wort an Herrn Professor Krajewski übergeben zu können, der uns erste Antworten auf viele unserer Fragen geben wird. In den sich hieran anschließenden Foren kann diesen Fragen vertieft nachgegangen werden.